

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
153 · Ausgabe CH · April 2015
AZB 3001 Bern



Erinnerungskultur von unten

Am 8. Mai 1945 feierten viele Menschen das Kriegsende mit der Pflanzung einer Friedenslinde. Zum siebzigsten Jahrestag will die SP diese Form des Gedenkens wiederbeleben. S. 2 bis 4

TISA/TTIP/CETA

Die internationalen Abkommen werden als Quellen des Wohlstands gepriesen. Tatsächlich gefährden sie Demokratie, Service public sowie soziale und ökologische Standards. S. 5

ÄLTERE ARBEITNEHMENDE

Bei den Langzeitarbeitslosen und in der Sozialhilfe nimmt der Anteil der über 50-Jährigen zu. Die SP will diese Tendenz mit drei Massnahmen stoppen. S. 7

Siebzig Jahre Frieden in Europa

AM 8. MAI 1945 FEIERTEN IN DER SCHWEIZ VIELE MENSCHEN DAS ENDE DES MÖRDERISCHEN KRIEGES, INDEM SIE FRIEDENSLINDEN PFLANZTEN. ZUM SIEBZIGSTEN JAHRESTAG HAT DIE SP IN STÄDTEN UND DÖRFERN INITIATIVEN ERGRIFFEN, UM DIESE FORM DES GEDENKENS WIEDERZUBELEBEN. MIT DEM ERNEUTEN PFLANZEN VON FRIEDENSLINDEN KANN DIE RÜCKBESINNUNG AUF EINE WELTOFFENE, FRIEDENS- UND MENSCHENRECHTSBEWUSSTE SCHWEIZ GESTÄRKT WERDEN.

Im Gefolge des 8. Mai 1945 hat die Bevölkerung in vielen Schweizer Gemeinden spontan eine Friedenslinde gepflanzt. Dies aus überwältigender Erleichterung heraus und zum Zeichen, dass es nie mehr zu Krieg und Völkermord kommen darf.

Solche Friedenslinden gibt es in Ferenberg bei Bern, in den Schaffhauser Gemeinden Lohn und Osterfingen, wie Matthias Wipf in seinem Buch «Als der Krieg zu Ende war» beschreibt, und im Kanton Uri. Dort pflanzte die Bevölkerung in Unterschächen am Eingang zum Brunntal bei der Badkapelle zum Ende des Zweiten Weltkriegs vier Friedensbäume, wie der Urner Regierungsrat in seiner positiven Stellungnahme zu einem SP-Vorstoss festhält, der erneute Feiern zum siebzigsten Jahrestag fordert.

Ein Zeichen für die Zukunft

Wer am 8. Mai 1945 einen Baum pflanzte, wollte damit ein Zeichen für die Zukunft setzen. Die Friedenslinden sollten ein langfristiges Gedenken einleiten. Diese in der Schweiz verbreitete spontane Erinnerungskultur von unten ist leider von der Wissenschaft nie richtig aufgearbeitet worden. Und sie ging auch nicht in die vom Kalten Krieg geprägte offizielle Erinnerungskultur der Schweizer Behörden und Schulbücher der Nachkriegszeit ein. Nur im Verborgenen lebte das Gedenken fort. So erhielt die Friedenslinde Ferenberg am 8. Mai 1985 zum vierzigsten Jahrestag eine Gedenktafel mit der Inschrift: «Diese Friedenslinde wurde am 8. Mai 1945 zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges vom Ortsverein Feren-

berg-Bantigen als Wahrzeichen des Friedens und in der gemeinsamen Hoffnung für eine friedliche Zukunft unseres Landes und der Welt gepflanzt.»

Erinnerungskultur von unten

Die SP will dieser Erinnerungskultur wieder zu ihrem Recht verhelfen. Es ist eine Erinnerungskultur von unten. Dementsprechend reichte die SP ihre Vorstösse vorab lokal ein: in den Gemeindeparlamenten Zürich, Schaffhausen, Thayngen/Reiat, Stein am Rhein, Köniz, im Kantonsrat Uri und anderswo. Auf Bundesebene forderten Jacqueline Fehr im Nationalrat und Hans Stöckli im Ständerat, aktiv zu werden. Der Bundesrat erklärte sich bereit, die Motion von Jacqueline Fehr entgegenzunehmen, welche die Landesregierung «beauftragt, am 8. Mai 2015 zum 70-Jahr-Jubiläum des Endes des Zweiten Weltkrieges koordinierend und unterstützend zu Gedenk- und Dankesfeiern beizutragen und all jenen zu danken, welche damals und seither zum europäischen Friedenswerk beigetragen haben, indem sie Institutionen aufbauten, welche neue Kriege unmöglich machen sollen».

Das Erinnern an den 8. Mai 1945 und das damalige spontane Pflanzen von Friedensbäumen in der Schweiz ermöglicht eine Rückbesinnung auf jene Werte, auf denen noch heute das Völkerrecht und die Institutionen der europäischen Integration beruhen: Gewaltverbot, Menschenrechte, soziale Inklusion statt Exklusion. Auf der Basis dieser Werte errichteten die Alliierten nach dem Sieg über die Nazi-Barbarei die



Peter Hug ist Historiker und politischer Fachsekretär der SP Schweiz

Uno und bauten die europäischen Staaten den Europarat, den Gerichtshof für Menschenrechte und die Europäische Union auf. Diese gemeinsamen Institutionen verfolgen das Ziel, miteinander zu verhindern, dass sich Katastrophen wie Schoah, Nazi-Herrschaft und Krieg in Europa und der Welt jemals wieder ereignen. Die Erinnerung daran ist heute besonders wichtig, nachdem aggressive Minderheiten in der Schweiz und in ganz Europa diese Grundlagen von Frieden und Menschenrechten offen in Frage stellen.

Erinnerung an Grundwerte

Die Uno-, EU- und Menschenrechtsverächter haben nicht zuletzt deshalb so viel Zulauf, weil auch die offizielle Schweiz die Erinnerung an den 8. Mai 1945 und die damit verbundenen Werte während des Kalten Krieges sträflich vernachlässigt hat. Auch später wurde eine Wiederbelebung der Erinnerung an diese Grundwerte gründlich verpasst.

Der Druck von unten war leider allgemein ungenügend. Zu wenige wirkten in der Schweiz der verbreiteten Haltung entgegen, die Befreiung Europas von der Nazi-Barbarei sei etwas gewesen, das unser Land eigentlich nichts angehe und nie etwas angegangen sei. Es sei bei uns ja immer alles gut gegangen. Und wir täten deshalb gut daran, uns weiterhin nicht als Land zu definieren, das zu Europa gehört. Die europäische Integration als Friedenswerk sei zwar eine gute Sache, aber etwas für andere. Die Schweiz habe damit so wenig zu tun wie mit dem Kriegsende am 8. Mai 1945. Deshalb hätten wir auch heute weiterhin nichts

Titelbild: Die am 8. Mai 1945 gepflanzte Friedenslinde in der Nähe von Ferenberg bei Bern steht für eine Erinnerungskultur von unten. Sie legt noch heute Zeugnis ab für eine weltoffene, friedens- und menschenrechtsbewusste Schweiz.

mit der globalen Mitverantwortung für den Frieden, für den Schutz der Zivilbevölkerung vor Gewalt und die Durchsetzung der Menschenrechte gegen wild gewordene Staaten, Warlords, Terroristen und Multis zu tun. Dagegen vorzugehen sei zwar grundsätzlich gut und recht; aber sicherlich nichts für die – ach so humanitäre und «neutrale» – Schweiz. Insofern gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der fehlenden Erinnerungskultur an den 8. Mai 1945 und der in der Schweiz vorhandenen Stimmung, Europa stehe uns im Grunde genommen feindlich gegenüber. Als ob wir in Brüssel nicht die wichtigsten Partner der Schweiz hätten, sondern dort ein zweiter Hitler danach trachtete, unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung auszuradieren.

Teil der Schicksalsgemeinschaft

Von der fehlenden Dankbarkeit für die Alliierten, die unsägliche Opfer erbracht haben, um auch die Schweiz von Krieg, Schoah und Nazi-Herrschaft zu befreien, ist es nur ein kleiner Schritt zur Auffassung, unser Land habe keinen Anlass, Mitverantwortung zur Friedenssicherung und für den Schutz der geschundenen Zivilbevölkerung in Europa und der Welt zu tragen. Nicht allein rechts aussen, sondern auch links aussen gibt es die Position, die von der Uno proklamierte Schutzverantwortung gehe uns nichts an.

Die SP Schweiz weist in ihrer Wahlplattform 2015 explizit auf die europäische Integration als grosses Friedenswerk hin. Ohne institutionalisierte Erinnerungskultur zum

VERANSTALTUNGEN

Gedenkakt in Zürich

Freitag, 8. Mai, 17 Uhr,
Kurt-Guggenheim-Park
(beim Bürkliplatz, zwischen Bahnhofstrasse und Talstrasse)
Pflanzung einer Friedenslinde, Enthüllung einer Gedenktafel, Ansprachen und Musik

Gedenkfeier zum Kriegsende in Altdorf

Dienstag, 12. Mai,
19.30 Uhr, Winkel,
Altdorf

Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges, an die Opfer der Nazi-Barbarei und an die Opfer, welche die Alliierten erbrachten, um auch die Schweiz zu befreien, dürfte die Mehrheit in der Schweiz den Wert der europäischen Integration als grosses Friedenswerk aber weiterhin unterschätzen. Ohne Erinnerung an den 8. Mai 1945 wird sie wohl auch kein Mitgefühl entwickeln können und keine Mitverantwortung übernehmen für die heutigen Opfer von Krieg, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen.

Beim siebzigsten Jahrestag des Kriegsendes geht es um die Frage, ob die Schweiz damit etwas zu tun hat oder nicht. Für die SP ist klar: Wir sind Teil ein und derselben europäischen und globalen Schicksalsgemeinschaft.

FRIEDENSLINDE

Die Linde war zu Zeiten der Germanen ein heiliger Baum und mütterliche Beschützerin des Lebens.

Diese Friedenslinde wurde am 8. Mai 1945 zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges vom Ortsverein Ferenberg-Bantigen als Wahrzeichen des Friedens und in der gemeinsamen Hoffnung für eine friedliche Zukunft unseres Landes und der Welt gepflanzt.

Am 8. Mai 1985 brachte der Ortsverein im Bauerndorf Ferenberg bei Bern diese Gedenktafel bei der Friedenslinde an. Die Ferenberger hatten diese vierzig Jahre zuvor zum Gedenken an den alliierten Sieg über Nazi-Deutschland gepflanzt. Verschiedene SP-Sektionen setzen sich heute dafür ein, diese Erinnerungskultur wiederzubeleben.

Wegbereiter der modernen, weltoffenen und sozialen Schweiz

«JEDE GENERATION SCHAFFT SICH IHRE EIGENE ERZÄHLUNG UND HEBT DARIN JENE EREIGNISSE HERVOR, DIE IHR FÜR DIE ANGESTREBTE BEDEUTUNGSSTIFTUNG ALS BESONDERS GEEIGNET ERSCHEINEN», HÄLT DER BUNDESRAT IN SEINER ANTWORT AUF DIE INTERPELLATION VON STÄNDERAT HANS STÖCKLI ZUR ERINNERUNGSKULTUR IM JUBILÄUMSJAHR 2015 FEST. DIE SP IST GUT BERATEN, DIESES THEMA NICHT ALLEIN DEM ZUFALL ODER BESONDERS LEIDENSCHAFTLICH VERANLAGTEN GRUPPIERUNGEN ZU ÜBERLASSEN. IM FOLGENDEN EINIGE WEGBEREITER DER MODERNEN, WELTOFFENEN UND SOZIALEN SCHWEIZ.

13. bis 16. Jahrhundert

In Hunderten von Verträgen schufen sich die damaligen und späteren eidgenössischen Orte untereinander und europaweit ein dichtes Beziehungsgeflecht. Von besonderer Bedeutung waren die bis ins 18. Jahrhundert immer wieder erneuerten Abkommen der eidgenössischen Orte mit Habsburg (1474 Ewige Richtung, 1477 und 1511 Erbeinigung) und Frankreich (1516 Ewiger Frieden, 1521 Soldallianz).

1525: Bauernkrieg

Der in Europa grösste Aufstand vor der Französischen Revolution forderte im süddeutsch-eidgenössischen Raum Zehntausende Opfer. 1653 kam es ausgehend vom Emental und Entlebuch erneut zu einer Rebellion gegen die Willkürherrschaft der gnädigen Herren von Bern und Luzern. Bereits Anfang 19. Jahrhundert erkannte die liberale Geschichtsschreibung darin eine Sozialrevolution gegen Adel, Leibeigenschaft und Unterdrückung und damit die Vorgeschichte ihrer eigenen liberalen Forderungen.

1798: Helvetische Republik

Die der Schweiz von Napoleon aufgezwungene Verfassung der Helvetischen Republik nahm die wichtigsten Grundlagen der modernen Schweiz vorweg: Herstellung der persönlichen Freiheit der Bürger, Abschaffung von Feudallasten und Folter, Aufhebung der Sonderbesteuerung der Juden und umfassende Säkularisierung.

Die reaktionäre Schweiz machte viele der Errungenschaften ab 1803 rückgängig. 1817 beschloss die Tagsatzung (entgegen dem Neutralitätsgerede) gar den Beitritt zur Heiligen Allianz, einem Militärbündnis mit Russland, Preussen und Österreich mit gegenseitiger militärischer Beistandspflicht. Sie diente der Niederschlagung aller liberalen Bestrebungen – auch innerhalb der Schweiz.

«Wir sollten die Erinnerungskultur nicht dem Zufall oder besonders leidenschaftlich veranlagten Gruppierungen überlassen.»



15. April 1834: Vereinigtes Europa

In Bern gründete der italienische Revolutionär Giuseppe Mazzini mit Gesinnungsfreunden aus ganz Europa den politischen Geheimbund «Junges Europa». Ziel war die Errichtung eines Bundes der nationalen Völker Europas auf republikanischer Grundlage. Die «Vereinigten Staaten von Europa» wurden 1848/49 zum Schlachtruf wichtiger liberaler Revolutionäre.

12. September 1848: Bundesstaat

Der wahre Schweizer Nationalfeiertag: Damals trat die erste Bundesverfassung des heutigen, auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität aufgebauten Bundesstaates in Kraft.

11.–14. November 1918: Landesstreik

Die moderne soziale Schweiz ist ohne Landesstreik undenkbar. Die SP setzte im 20. Jahrhundert all seine zentralen Forderungen durch: Verhältniswahlrecht, AHV, Frauenstimmrecht, 8-Stunden-Tag usw.

16. Mai 1920: Völkerbund

Die Schweizer stimmten dem Beitritt zum Völkerbund zu. Die Stimmbeteiligung lag bei 77,5 Prozent. Der Gedanke der kollektiven Sicherheit wurde 1928 mit dem Ja zum Briand-

Kellogg-Pakt verstärkt. Er verbot den Angriffskrieg und verpflichtete die Völkergemeinschaft, sich einem Aggressor entgegenzustellen.

8. Mai 1945: Kriegsende in Europa

Die Befreiung Europas von Krieg und Nazi-Barbarei schuf die Grundlage des modernen Völkerrechts und der europäischen Integration. Eine 50-köpfige, vom Bundesrat eingesetzte Expertenkommission schlug einstimmig den sofortigen Beitritt der Schweiz zur Uno vor. Damit hätte sich die Schweiz unambiguös gegen die Nazis und für die Alliierten ausgesprochen. Der Bundesrat wollte das nicht und positionierte die Schweiz «neutral» zwischen den Nazis und den Alliierten. «Neutralität» wurde so zum Kampfbegriff jener, welche die Nazi-Verstrickungen der Schweiz nicht offenlegen wollen.

3. März 2002: Uno-Beitritt

Die Stimmbevölkerung nahm den Uno-Beitritt der Schweiz mit 54,6 Prozent an. Zu diesem Erfolg trug die ab 1996 geführte Geschichtsdebatte über nachrichtenlose Gelder und Nazi-Verstrickungen der Schweiz bei.

Peter Hug



PIIMAGES | DREAMSTIME.COM

Kein Ausverkauf der Demokratie

SIE HEISSEN TISA, TTIP UND CETA UND WERDEN ALS QUELLEN DES WOHLSTANDS GEPRIESEN. DIE FREIHANDELSABKOMMEN SIND ABER EINE GEFAHR FÜR DEMOKRATIE, SERVICE PUBLIC UND UNSERE SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN STANDARDS.

Im Geheimen werden zurzeit zwei Handels- und Investitionsabkommen von enormer Bedeutung verhandelt. Tisa (Trade in Service Agreement) und TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) stellen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, den Service public sowie Sozial- und Umweltstandards infrage, würden bei Inkrafttreten einigen Grosskonzernen aber enorme Profite bescheren.

Seit 2012 finden die Verhandlungen über das Dienstleistungsabkommen Tisa in Genf statt. Die Schweiz ist mit von der Partie. Ziel der Verhandlungen: Öffentliche Dienstleistungen wie die Gesundheits-, Wasser- oder Energieversorgung sollen privatisiert und der internationalen Konkurrenz ausgesetzt werden. Das Freihandelsabkommen TTIP wird momentan zwischen der EU und den USA verhandelt und sieht eine Beseitigung von «Handelshemmnissen» vor. Hier verhandelt die Schweiz nicht mit, sie wäre von TTIP allerdings direkt betroffen. Zwei im Auftrag des Seco erarbeitete Berichte machen klar, dass die Folgen von TTIP für die Schweizer Wirtschaft gross wären. Insgesamt zwei Drittel aller Schweizer Exporte gehen in die EU (56 Prozent) oder die USA (11 Prozent). Economiesuisse hat bereits klargemacht, die Schweiz müsse unbedingt Teil von TTIP werden,

um Wettbewerbsnachteile auszugleichen.

Sonderrecht für Konzerne

Mit TTIP und Tisa droht die Einführung von Sonderrecht für Konzerne über Investor-Staat-Streitbelegungsmechanismen. Solche undurchsichtige und willkürlich Schiedsgerichte sind global auf dem Vormarsch. Grosskonzerne können demokratische Staaten vor ihnen verklagen. Philipp Morris etwa verklagte 2011 Australien wegen der Pflicht, Warnhinweise auf Zigarettenpackungen anzubringen. Die Begründung: Die Gewinnerwartungen würden durch das neue Gesetz geschmälert. Diese Schiedsgerichte sind nicht öffentlich, es gibt keine Rekursmöglichkeit, die Justiz ist nicht unabhängig.

Auch Ceta (Canada – EU Trade Agreement) sieht solche Schiedsgerichte vor. Im Gegensatz zu TTIP und Tisa sind die Geheimverhandlungen bei Ceta abgeschlossen und das Ergebnis bekannt. Das Abkommen bietet Investoren einen sehr weit gehenden Schutz vor Profitausfällen, die durch staatliche Eingriffe entstehen, und verschärft das Urheberrecht zugunsten der Unternehmen. Ceta dient in vielen Bereichen als Blaupause für die TTIP-Verhandlungen. Wo genau, bleibt jedoch geheim.

Der drohende Abbau wichtiger Errungenschaften darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden.

Service public in Gefahr

Eine weitgehende Privatisierung des Service public wäre für die Konzerne enorm lukrativ. Durch das profitorientierte Wirtschaften in Gesundheitswesen, der Energie- und Wasserversorgung würden «unrentable» Bereiche geschlossen oder schlecht unterhalten und die Preise erhöht. Ein Abbau des Service public etwa in Randregionen oder für gewisse Leistungen wäre die Folge. Der Service public würde zum Handelsgut und wäre nur mehr für Begüterte zugänglich. Auch würden die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Im Rahmen von TTIP wird eine «Harmonisierung» der Standards angestrebt – also eine Korrektur nach unten. Arbeitszeit, Schutz der Arbeitnehmenden, Streikrecht, aber auch Löhne dürften unter Druck geraten.

Errungenschaften verteidigen

Der drohende Abbau wichtiger Errungenschaften darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Die Juso Schweiz engagiert sich deshalb in verschiedenen Komitees und gemeinsam mit Verbündeten aus zahlreichen Ländern gegen die Verträge. Im Rahmen einer Resolution wird die SP-Delegiertenversammlung vom 25. April über die Abkommen diskutieren.

Fabian Molina ist Präsident der Juso Schweiz und Vizepräsident der SP Schweiz



Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo, Nationalrat Andy Tschümperlin und Regierungsratskandidatin Felicitas Zopfi beim Telefonieren. «Viele Wählerinnen und Wähler haben von der Aktion gehört und teilweise sogar fast schon auf einen Anruf von der SP gewartet. Die grosse Mehrheit der Leute, mit denen ich geredet habe, hat positiv auf meinen Anruf reagiert», sagt Zopfi.

Erfolgreicher Start der Basiskampagne

DIE SP KONNTE BEI DEN LUZERNER KANTONSRAATSWAHLEN IN DER STADT MASSIV ZULEGEN. DAS GROSSE ENGAGEMENT DER FREIWILLIGEN HAT SEINEN TEIL DAZU BEIGETRAGEN.

Die SP hat in der Stadt Luzern um 4 Prozentpunkte zugelegt und kantonal das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte erzielt. Erfreulich ist dieses Ergebnis auch für die Basiskampagne: Unermüdlich haben Genossinnen und Genossen per-

sönliche Bekannte und weitere Sympathisierende angerufen und so insgesamt mit rund 5000 Wählerinnen und Wählern gesprochen. Eine erste Auswertung zeigt, dass die SP genau dort zulegen konnte, wo viele Gespräche geführt wurden.

Nicola Yuste, Mitarbeiterin Basiskampagne 2015

Auffällig ist zudem, dass mit der Basiskampagne offensichtlich viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler erreicht wurden – die Gewinne in den entsprechenden Gebieten wurden nämlich nicht auf Kosten der Grünen erzielt.

«Extrem wertvoller Austausch»

Claudio Soldati, Präsident der SP Stadt Luzern, hat selber unzählige Wählerinnen und Wähler angerufen. An der Basiskampagne schätzt er, dass er direkt auf Fragen und Bedenken eingehen kann.

«links»: Claudio, du warst selber an allen städtischen Telefonaktionen dabei. Wie hast du die Anlässe erlebt?

Claudio Soldati: Die Stimmung war jedes Mal grossartig. Das Besondere an den Telefonanlässen ist, dass Freiwillige zusammenkommen, um gemeinsam etwas zu erreichen. Zu sehen, wie viele Genossinnen und Genossen sich jeweils einen halben oder ganzen Tag Zeit nehmen, um für ihre Partei Wahlkampf zu machen, ist sehr motivierend.

Ist es nicht etwas ungewohnt, fremde – wenn auch der SP wohlgesinnte – Leute anzurufen?

Klar, am Anfang hat es etwas Überwindung ge-

braucht, zum Hörer zu greifen und mit Leuten, die ich zum Teil gar nicht kannte, über Politik zu sprechen. Das anfängliche Zögern war aber schnell überwunden. Vor allem weil ich merkte, dass die grosse Mehrheit sehr positiv reagierte und zum Teil richtig interessante politische Gespräche entstanden. Das ist das Besondere an der Kampagne: Statt mit unseren Meinungen einseitig an die Wählenden heranzugehen, treten wir in einen Dialog mit ihnen. So können wir direkt auf ihre Fragen und Bedenken eingehen. Das führt zu einem extrem wertvollen Austausch, ganz besonders für die Kandidierenden unter uns.

In der Stadt Luzern, wo ihr besonders fleissig telefoniert habt, hat die SP einen grossen Erfolg erzielt. Siehst du einen direkten Zusammenhang? Ich denke, das hängt auch mit der konsequenten politischen Arbeit der SP der letzten Jahre zusammen. Auch die Standaktionen und das Flyern werden uns Stimmen gebracht haben. Doch ausgehend von den Reaktionen am Telefon bin ich davon überzeugt, dass die Basiskampagne viel dazu beigetragen hat, dass die Leute ihre Stimme tatsächlich für uns abgegeben haben.

KANTONALE WAHLEN IN LUZERN VOM 29. MÄRZ

SP und JUSO konnten ihre Sitze halten – vor allem in den ländlichen Wahlkreisen konnte die SP die Verluste der Grünen aber nicht kompensieren. Felicitas Zopfi (SP, neu), die einzige Frau im Rennen um einen der zwei verbleibenden Sitze im Regierungsrat, tritt im zweiten Wahlgang am 10. Mai gegen Marcel Scherzmann (parteilos, bisher) und Paul Winiker (SVP, neu) an.

KANTONALE WAHLEN IN ZÜRICH VOM 12. APRIL

Die SP konnte in Zürich ihren Wähleranteil um 0,4 Prozentpunkte auf 19,7 Prozent erhöhen und gewinnt im Kantonsrat einen zusätzlichen Sitz. Die SP Schweiz gratuliert insbesondere ihrer Vizepräsidentin Jacqueline Fehr zur Wahl in den Regierungsrat. Zusammen mit Mario Fehr, der mit einem Glanzresultat bestätigt wurde, stellt die SP weiterhin zwei Mitglieder in der Exekutive.



Plötzlich arbeitslos

SOWOHL BEI DEN LANGZEITARBEITSLÖSEN ALS AUCH IN DER SOZIALHILFE NIMMT DER ANTEIL DER ÜBER 50-JÄHRIGEN ZU. DIE SP WILL DIESER ENTWICKLUNG NICHT LÄNGER ZUSCHAUEN.

Es kann jede und jeden treffen. Ob gut oder schlecht gebildet, ob lange oder erst seit kurzem im Betrieb, kerngesund oder gesundheitlich angeschlagen. Der blaue Brief kommt meist unerwartet und verändert das Leben der betroffenen Person von einer Minute auf die andere. Aus Spargründen oder wegen Umstrukturierungen werden ältere Arbeitnehmende auf die Strasse gestellt und durch jüngere und vor allem günstigere Arbeitskräfte ersetzt. Was landauf, landab erzählt wird, schlägt sich leider auch statistisch nieder: In den letzten zehn Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit von Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 65 Jahren verdoppelt. Einmal arbeitslos in diesem Alter, ist es kaum mehr möglich eine neue Stelle zu finden. So ist auch der Anteil Langzeitarbeitsloser bei den älteren Arbeitnehmenden kontinuierlich angestiegen. Die dritte besorgniserregende Tendenz ist die Zunahme der Sozialhilfefquote bei älteren Menschen.

Für die SP ist klar: Diese Entwicklung müssen wir dringend stoppen. Gut gemeinte Appelle an die Wirtschaft reichen nicht mehr. Zu stark sind viele Unternehmen im profitmaximierenden Modus verhängen und sehen nur die kurzfristigen Einsparungen durch den Ersatz älterer Arbeitnehmender durch günstigere Arbeitskräfte.

Verstärkter Kündigungsschutz

Das wirksamste Mittel, um Arbeitslosigkeit von Menschen zwischen

50 und 65 zu verhindern, ist ein verstärkter Kündigungsschutz, wie ihn die SP in ihrer Wahlplattform fordert. Dieser kann mit zwei Massnahmen verbessert werden: Einerseits mit der Einführung eines Diskriminierungsverbots aufgrund des Alters analog zum Diskriminierungsverbot aufgrund des Geschlechts, das wir seit 1996 kennen. Andererseits braucht es zwingend die Einführung einer Begründungspflicht bei Entlassung mit gleichzeitiger Umkehr der Beweislast. Das heisst: Sollte es zu einer Klage kommen, liegt die Beweislast nicht bei der entlassenen Person, sondern die Unternehmen müssen beweisen, dass sie nicht diskriminierend gehandelt haben.

Echte Weiterbildungsoffensive

Ältere Arbeitnehmende werden zu wenig unterstützt und gefördert, wenn sie eine Weiterbildung absolvieren möchten. Ausserdem sind die Kosten oftmals ein Hinderungsgrund, eine Ausbildung anzutreten. So kann es nicht erstaunen, dass ältere Arbeitnehmende weniger häufig Weiterbildungsmöglichkeiten nutzen als jüngere. Doch auch im Alter nehmen die Wichtigkeit der Weiterbildung und die Bedeutung von Abschlüssen für die Arbeitsplatzsicherheit nicht ab. Künftig sollen deshalb die Kantone mit Unterstützung des Bundes allen Beschäftigten ab dem 45. Altersjahr eine regelmässige und kostenlose Standort- und Weiterbildungsberatung anbieten.

Rente zur Überbrückung

Um das Abrutschen von ausgesteuerten Arbeitslosen kurz vor der Pensionierung in die Sozialhilfe zu vermeiden, hat der Kanton Waadt eine so genannte Überbrückungsrente eingeführt. Eine solche Rente soll schweizweit eingeführt und vom Bund ausbezahlt werden. Die betroffenen Menschen erhalten dadurch sichere Leistungen und der für viele entwürdigende Schritt zur Sozialhilfe am Ende des Berufslebens bleibt ihnen erspart.

Jetzt endlich handeln

Ältere Arbeitnehmende können mit Erfahrung und Fachwissen auftrumpfen und die meisten Firmen machen sehr gute Erfahrungen mit einer altersmässigen Durchmischung ihrer Mitarbeitenden. Dass die Generation 50 plus häufiger krank oder weniger motiviert sei, ist ein Vorurteil, das sich statistisch nicht erhärten lässt. Es ist also höchste Zeit, wieder vermehrt über die Qualitäten älterer Arbeitnehmender zu reden. Doch reden allein verändert noch nichts. Es braucht dringend verbindliche und wirksame Massnahmen. Deshalb fordert die SP die sofortige Umsetzung der drei wichtigsten Massnahmen: besserer Kündigungsschutz, mehr Weiterbildung und Einführung einer Überbrückungsrente. Mit einer Resolution an der Delegiertenversammlung vom 25. April wird die SP Schweiz ihre Position bekräftigen.

Flavia Wasserfallen, Co-Generalsekretärin

**Unsere 10 Projekte
für eine gerechte,
offene und solidarische
Gesellschaft.**

**FAIRE LÖHNE
BEZAHLBARER
WOHNRAUM
SICHERE RENTEN**

Wahlplattform 2015

FÜR ALLE
STRAIT
FÜR WENIGE



**www.spschweiz.ch/
wahlplattform**



STANDPUNKT

Progressive Bergler

Vor rund 25 Jahren gab es in der Romandie genau zwei Tagesschulen. Eine – nicht weiter überraschend – in der Stadt Genf. Die andere in Vissoie, im Val d'Anniviers. Das Val d'Anniviers ist ein raues, wildes Tal im Unterwallis, eingerahmt von imposanten Viertausendern. Produziert wird dort Bergkäse und Trockenfleisch, das Haupteinkommen bildet der Wintertourismus. Bekannte Skigebiete sind Grimentz oder Chandolin. Letzteres ist seit Jahren Austragungsort des beliebten Juso-Sommerlagers und neuerdings auch der Sommeruni der SP. Aber zurück zur Tagesschule in Vissoie. Die Schülerinnen und Schüler aus dem ganzen Tal müssen lange Anfahrtswege auf sich nehmen und eine Rückkehr am Mittag ist organisatorisch undenkbar. Die Frauen sind vor allem in der Hauptsaison beruflich voll eingespannt, nicht zuletzt auch aus finanziellem Druck. So wurde, aus der «Not» geboren, 1991 die Tagesschule eingerichtet, welche heute zu den grössten öffentlichen Tagesschulen der Schweiz zählt. Dies ohne Widerstand und zum anerkannten Vorteil von Kindern, Familien und Behörden. Fast drei Jahrzehnte später kämpft die SP sowohl in urbanen als auch in ländlichen Gebieten nach wie vor für die flächendeckende Einführung von Tagesschulen. Das Val d'Anniviers ist mit einem weiteren progressiven Entscheid aufgefallen. Aus sechs eigenständigen Gemeinden wurde 2009 eine einzige: Anniviers, eine der flächenmässig grössten der Schweiz. Ein rationaler Entscheid, der zu einer besseren Zusammenarbeit geführt hat und den heute niemand in Frage stellt. Wer meint, die Entwicklungen in diesem Tal seien mit einer SP-Dominanz zu erklären, geht fehl. Sowohl Tagesschule als auch Gemeindefusion wurden in einem erkonservativen, von der CVP dominierten Umfeld realisiert. Der PS Anniviers hat genau 13 Mitglieder, richtige politische Exoten. Es braucht Mut, im Val d'Anniviers «Socialiste» zu sein. Etwa die Zustimmung zur Zweitwohnungsinitiative wird in diesen alpinen Kreisen niemals verziehen. Aber man kann wohl sagen, dass ihnen die Geschichte immer wieder Recht gibt. Sehr früh oder auch mal später. Wie wärs, wenn wir all die Gemeindefusionsgegnerinnen und Tagesschulverweigerer mal ins Val d'Anniviers stecken und erst wieder befreien würden, wenn sie vom progressiven Bergvolk überzeugt worden sind?



Kritik an Poststellenschliessung

ERSTMALS HAT DIE EIDGENÖSSISCHE POSTKOMMISSION EINE NEGATIVE STELLUNGNAHME ZUR GEPLANTEN SCHLISSUNG EINER POSTSTELLE ABGEGEBEN. DAS IST ERFREULICH, DER SPIELRAUM FÜR ANFECHTUNGEN VON SCHLISSUNGSENTSCHEIDEN IST UND BLEIBT JEDOCH GERING.

Nachdem bereits zwischen 2003 und 2006 die Poststellen schweizweit von rund 3300 auf 2500 reduziert wurden, setzte 2007 – nach der knappen Ablehnung der Initiative «Postdienst für alle» – eine neue Schliessungswelle ein, die bis heute andauert. So gab es 2010 noch 1955 Poststellen, Anfang Jahr noch 1561.

Die negative Stellungnahme der Postkommission (PostCom) ist erfreulich. Eine aufmerksame Lektüre der Empfehlung lässt jedoch erkennen, dass die Kommission die schon bis anhin hohen Hürden für eine negative Stellungnahme weiter hinaufgesetzt hat, teilweise bedingt durch eine verschärfte Rechtslage. Die Postverordnung verpflichtet die Post, das Gespräch mit betroffenen Gemeinden zu suchen und eine Einigung anzustreben. Im vorliegenden Fall der Gemeinde Ramsen, die sich der Schliessung widersetzt hat, musste die Post eine anfechtbare Verfügung erlassen. Die PostCom hatte unter anderem die Erreichbarkeit der nächsten Poststelle zu prüfen. Und hier liegt die Crux. Verlangte die frühere Postverordnung noch eine zumutbare Erreichbarkeit einer klassischen Poststelle, unterscheidet die neue Verordnung nicht mehr zwischen Postagenturen und Poststellen. Zudem ist nicht mehr die Erreichbarkeit der nächsten Poststelle oder -agentur im konkreten Fall massgebend. Entscheidend ist einzig, dass 90 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung die nächste Posteinrichtung in 30 Minuten erreichen kann. Die PostCom hat

zusätzlich zu überprüfen, ob die Post «die regionalen Gegebenheiten berücksichtigt hat». Im Fall Ramsen waren für die PostCom die periphere Lage der Gemeinde und der Umstand entscheidend, dass sich in einem Territorium von mehr als 25 km² keine Poststelle oder -agentur befindet.

Die Empfehlung der PostCom hat grosse Bedeutung über den Einzelfall hinaus, führt sie doch dazu, dass periphere Gebiete über einen bedienten Zugangspunkt zu Postdienstleistungen verfügen müssen. Allerdings, und dies ist beunruhigend, setzt die PostCom Poststellen mit Postagenturen gleich. Sie bedauert ausdrücklich und findet es «schwer verständlich», dass mit keinem Gewerbetreibenden und keiner Gemeindeverwaltung eine Agenturlösung zustande gekommen sei.

Der Spielraum für Anfechtungen von Schliessungsentscheiden war und ist gering. Ausser bei Verfahrensfehlern ist künftig eine Anfechtung nur noch erfolgreich, wenn in der weiteren Umgebung der bisherigen Poststelle kein alternativer Zugang in Form einer Postagentur besteht. «Hilfreich» sind weiter eine schlechte Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr und die periphere Lage einer Gemeinde. Die Gemeinden und Gewerbetreibende sollten sich gut überlegen, ob sie Hand zu einer Agentur bieten wollen, wird dies doch unweigerlich zur Schliessung der Poststelle führen.

Dr. Stefan Keller, Präsident II Ober- und Verwaltungsgericht Obwalden, SP Sachseln

Industriebrachen nutzen und Zersiedelung stoppen

Ehemaliges von Roll-Areal in der Klus

Rückblick auf die Märzsession des Kantonsrats

Zuoberst auf der Traktandenliste des Solothurner Kantonsrats standen in der Märzsession die Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes und ein Vorstoss zu Sofortmassnahmen gegen die Frankenstärke.

Zaghafte kantonale Siedlungsstrategie

Am 3. März 2013 hatten rund 70 Prozent der Solothurner Stimmbewölkerung die Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes gutgeheissen. Das kantonale Stimmvolk hat sich damit unmissverständlich gegen die zunehmende Zersiedelung der Landschaft ausgesprochen. Trotz dieses klaren Votums der Bevölkerung enthält die künftige kantonale Siedlungsstrategie keine griffigen Massnahmen gegen den zunehmenden Landverschleiss. Dabei hätte der Regierungsrat darin aufzeigen sollen, wie die Ziele des revidierten Raumplanungsgesetzes im Kanton Solothurn umgesetzt werden können.

Keine griffigen Massnahmen gegen Landverschleiss

Während die Änderung des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes explizit bezweckte, überdimensionierte Bauzonen zu verkleinern, ist von diesem Ziel in der Siedlungsstrategie nicht mehr viel zu finden. Auch lässt die Strategie klare Aussagen vermissen, mit welchen Massnahmen die Verdichtung gegen innen gefördert werden kann. Offen ist auch, wie Gemeinden untereinander Landkompensationen tätigen können. Ein Blick in andere Kantone zeigt, dass der Regierungsrat die Gemeinden bei der künftigen Raumentwicklung durchaus stärker in die Pflicht hätte nehmen können. Die SP-Fraktion ist der Auffassung, dass die Zielsetzungen des geänderten Raumplanungsgesetzes mit der vorliegenden Siedlungsstrategie nicht erreicht werden können. Markus Ammann (Olten) brachte es für die SP-Fraktion auf den Punkt: «Die kantonale Siedlungsstrategie ist im Ganzen nicht nur mutlos, sondern auch zaghaft und wird

nach unserer Einschätzung die Zersiedelung im Kanton kaum einschränken.» Es bleibt zu hoffen, dass spätestens der Bund bei der Genehmigung des kantonalen Richtplans Nachbesserungen verlangt und auf diese Weise dafür sorgt, dass das klare Votum ernst genommen wird.

Kürzung der Ergänzungsleistungen als Sofortmassnahme gegen die Frankenstärke?

Unter Berufung auf die Frankenstärke verlangten die bürgerlichen Parteien in einem dringlichen Auftrag Sofortmassnahmen gegen die Frankenstärke. Sekundiert wurden sie dabei von der Handelskammer, welche die Aufhebung des Euro-Mindestkurses offenbar gezielt ausnutzen will, um im Kanton Solothurn einen sozialpolitischen und ökologischen Kahlschlag voranzutreiben. So werden nicht etwa nur Massnahmen zugunsten exportorientierter Unternehmen gefordert. Vielmehr will die Handelskammer unter dem Deckmantel der Frankenstärke Sozialausgaben (Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe) und Landwirtschaftssubventionen kürzen, das kantonale Gebäudeprogramm (Fördergelder für die ökologische Wärmedämmung von Gebäuden) abschaffen, den GAV des Kantons personals kündigen, die Zersiedelung vorantreiben und die Autobahn A1 und den Regionalflughafen Grenchen «zügig und grosszügig» ausbauen. Wie Markus Baumann (Derendingen) und Hardy Jäggi (Rechterswil) betonten, verschliesst sich die SP keineswegs gezielten Massnahmen, mit welchen Arbeitsplätze im Kanton Solothurn erhalten werden können (vgl. dazu z. B. den Vorstoss von Ständerat Roberto Zanetti zur rascheren Rückerstattung der kostendeckenden Einspeisevergütung an energieintensive Unternehmen). Auch unterstützt die SP gezielte Massnahmen zur Stärkung des Binnenkonsums. Gleichzeitig wird die SP niemals Hand dazu bieten, unter dem Deckmantel der Frankenstärke den Umwelt- und Arbeitnehmerschutz auszuhöhlen oder den Sozialstaat abzubauen.



Anna Rüefli,
Kantonsrätin,
Solothurn
anna.rueefli@
gmx.ch

Prämienverbilligung: Nachdoppeln mit der Initiative

AM 31. MÄRZ HABEN SP, GRÜNE, GEWERKSCHAFTSBUND UND ZAHLREICHE WEITERE ORGANISATIONEN DIE INITIATIVE «BEWÄHRTE PRÄMIENVERBILLIGUNGEN – FÜR FAMILIEN UND MITTELSTAND» LANCIERT. BEREITS VORHER HAT DAS GLEICHE KOMITEE DAS REFERENDUM GEGEN DEN LEISTUNGSABBAU ERGRIFFEN. DAS REFERENDUM KÖNNEN WIR SCHON BALD EINREICHEN – FÜR DIE INITIATIVE SIND WIR INTENSIV AM SAMMELN. BITTE HELFT ALLE MIT!



Ursula Marti,
Präsidentin
SP Kanton
Bern

Die Verbilligungen der Krankenkassenprämien sind eine der wichtigsten sozialpolitischen Massnahmen zur Verhinderung von Armut und um die Kaufkraft der Haushalte des unteren Mittelstandes zu erhalten. Die SP unterstützt deshalb die Initiative für den Erhalt der bewährten Prämienverbilligungen, wie schon das Referendum, mit grosser Überzeugung.

Duo-Pack Initiative und Referendum

Weshalb braucht es beides? Mit dem Referendum wollen wir eine vom Grossen Rat beschlossene Gesetzesänderung rückgängig machen und erreichen, dass weiterhin mindestens 25 Prozent der Haushalte Prämienverbilligungen erhalten. Mit dem Referendum geben wir der Stimmbevölkerung zum ersten Mal die Chance, NEIN zu sagen zum Sozialabbau, wie er vom Grossen Rat seit Jahren massiv betrieben wird. Mit der Initiative wollen wir die Höhe der Prämienverbilligungsbeiträge wieder auf den Stand von 2013 bringen, also auf das Niveau vor dem grossen Sparprogramm ASP. Es ist eine «Wiederherstellungsinitiative».

Übertriebener, schädlicher Spareifer

Der Grosse Rat hat in den letzten Jahren die Prämienverbilligungen massiv reduziert. Über 200 000 Personen waren davon betroffen. Der Kanton Bern ist mittlerweile derjenige Kanton, der seiner Bevölkerung mit Abstand am wenigsten Verbilligungen gewährt. Und das, obwohl die Bernerinnen und Berner die zweithöchsten Prämien landesweit bezahlen. Doch damit nicht genug: Regierungsrat Neuhaus hat jedes Augenmass verloren und die neuste Verordnung dermassen restriktiv formuliert, dass im Jahr 2014 statt des beschlossenen Abbaus von 24 Mio. sogar 52 Mio. Franken eingespart wurden. Das ist äusserst stossend und bitter für die Betroffenen, die nun den Gürtel noch enger schnallen müssen und vermehrt auf Sozialhilfe angewiesen sind. Darunter sind viele Familien mit tiefem Einkommen,

oft mit Jugendlichen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie wegen des finanziellen Drucks auf die Ausbildung, die ihnen zugesagt wurde, verzichten. Bitter auch, weil der Kanton Bern 2014 einen Ertragsüberschuss von 212 Mio. Franken erwirtschaftet hat, also genügend finanzielle Mittel vorhanden wären.

Grosse Unterstützung

Es erstaunt deshalb nicht, dass unser Komitee grossen Zulauf hat: Seit der Lancierung des Referendums sind eine Reihe weitere unterstützende Organisationen dazugekommen (Liste siehe Website). Auch in der Bevölkerung ist eine grosse Unterstützung spürbar. Die Unterschriften sammeln sich leicht. Viele Leute äussern sich besorgt oder verärgert über diese Sparmassnahme, die die Falschen trifft, finanzpolitisch unnötig ist und zudem übereifrig umgesetzt wurde. Immer wieder schütten uns auch Betroffene ihr Herz aus. Sie schildern, wie sie ihre Lebenshaltungskosten kaum mehr finanzieren können.

Erfolg in Solothurn

Die Reaktionen der Berner Bevölkerung bestätigen, was sich auch schon in unserem Nachbarkanton Solothurn gezeigt hat. Dort hat die Stimmbevölkerung kürzlich einem Referendum zum gleichen Thema zugestimmt. Ein schöner Erfolg, der uns bestärkt: Die unsozialen, übertriebenen Sparmassnahmen müssen rückgängig gemacht werden.

Aufruf

Bitte helft alle mit, damit wir die nötige Unterschriftenzahl erreichen. Unterschriftenbögen sind erhältlich beim kantonalen SP-Sekretariat, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, sekretariat@spbe.ch oder können direkt von der Webseite Prämienverbilligungen.be heruntergeladen werden. Danke!

EDITORIAL

PID gezielt erlauben

Heute dürfen Ärztinnen und Ärzte bei Paaren, die Träger von schweren Erbkrankheiten sind, die Eizellen der Frau künstlich befruchten. Das geltende Fortpflanzungsmedizinengesetz verbietet jedoch, die Embryonen mittels Präimplantationsdiagnostik (PID) genetisch zu untersuchen, bevor sie in die Gebärmutter eingesetzt werden. Dieses Verbot soll nun aufgehoben und für bestimmte Situationen zugelassen werden. So können dank PID künftig betroffene Paare Kinder bekommen, ohne diesen ihre schwere und oft tödliche Krankheit zu vererben. Das ist eine wichtige Verbesserung der heutigen Situation. Die meisten europäischen Länder lassen die PID zu, womit das aktuelle Verbot in der Schweiz einfach umgangen werden kann.

Als Präsidentin der Behindertendachorganisation Integration Handicap empfehle ich ein überzeugtes Ja zur Verfassungsänderung, über die wir am 14. Juni abstimmen. Gleichzeitig halte ich es aber für richtig und wichtig, dass die PID nur restriktiv zugelassen wird. Denn die Fortpflanzungsmedizin bringt nicht nur Vorteile, sondern birgt auch Risiken. Nie darf sie dazu führen, dass unsere Gesellschaft zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben unterscheiden will. Daher bin ich froh, dass im Anschluss an das erhoffte Ja zur Verfassungsänderung die Diskussion darüber ansteht, in welchen Fällen genau die PID zugelassen wird. Denn diese Frage beantwortet nicht die Verfassung, sondern das Gesetz – gegen welches das Referendum bereits angekündigt wurde.

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen ist Aargauer SP-Ständerätin. Sie kandidiert im Oktober erneut für die kleine Kammer.

UNSERE NEUE INITIATIVE

Zahlbare Krankenkassenprämien für alle!

DIE BÜRGERLICHE POLITIK DER LETZTEN 15 JAHRE KANNTE NUR EINE RICHTUNG: STEUERN FÜR GUTVERDIENENDE UND UNTERNEHMEN (ALSO SICH SELBER) SENKEN, LEISTUNGEN FÜR DIE BEVÖLKERUNG STREICHEN. STEUERSENKUNGEN MUSS SCHLIESSLICH JEMAND BEZAHLEN.



Cédric Wermuth von Baden ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Kanton Aargau. Er kandidiert im Oktober wieder für den Nationalrat.

Am 8. März dieses Jahres geschah dann im Kanton Aargau, was sich die bürgerliche Selbstbedienungscoalition in Parlament und Regierung nie hätte vorstellen können: Das Volk sagte deutlich Nein zum Kahl-schlag bei den Leistungen, zur so genannten Leistungsanalyse. Die Botschaft war klar: Es reicht!

Krankenkassenprämien explodieren

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund rechnet in seinem neusten Verteilungsbericht eindringlich vor: Die Krankenkassenprämien belasten die Haushalte in der Schweiz übermässig. Der Hauptgrund liegt darin, dass sich die öffentliche Hand zunehmend aus der Finanzierung der individuellen Prämienverbilligung zurück zieht. Seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes Mitte der 90er Jahre haben sich die Prämien

verdoppelt, die Prämienverbilligung wurde aber nur um 36 Prozent ausgebaut. Im Aargau hat die Mehrheit in Parlament und Regierung die Prämienverbilligung systematisch geschreddert und den Prozentsatz des Einkommens, ab dem ein Haushalt Anspruch auf Prämienverbilligung hat, von 9 auf 11,5 Prozent erhöht. Und seit Jahren hat die Regierung die Berechnungsgrundlagen nicht mehr der effektiven Prämienentwicklung angepasst. Das Resultat: Immer mehr Menschen gerade aus den mittleren Einkommensklassen verlieren ihren Anspruch – allein seit dem 1. Januar 2015 sind es im Aargau wieder 17 000 mehr ohne Prämienverbilligung.

Nicht mehr als 10 Prozent

Diese Tendenz will die SP Aargau mit einer Volksinitiative stoppen: Jeder Haushalt, der mit mehr als 10 Prozent des Einkommens von den Krankenkassenprämien belastet wird, soll Anspruch auf Prämienverbilligung haben. Gleichzeitig schliesst der Initiativtext wichtige Lücken. So wird die Regierung in Zukunft verpflichtet, bei der Berechnung

der so genannten Richtprämie (die Orientierungsgrösse für die Berechnung des Verbilligungsanspruchs) die effektive Prämienentwicklung abzubilden. Und der Kanton muss in Zukunft mindestens 80 Prozent der Beiträge ausschütten, die der Bund an die Prämienverbilligung beisteuert. Damit wird der Kanton Aargau nicht etwa zum sozialistischen Paradies. Es ist vielmehr ein ausgewogener Kompromiss: Die 10 Prozent liegen in der Mitte der Entwicklung der letzten 15 Jahre. Die 80 Prozent Kantonsbeiträge bringen den Kanton Aargau im schweizweiten Vergleich aus dem untersten Drittel in die vernünftige Mitte.

Die Initiative der SP Aargau, bewilligt vom ausserordentlichen Parteitag vom 17. März 2015, schlägt eine entscheidende Bresche in die Abbaumauer der letzten Jahre. Mit dem Staatsabbau zu Lasten der Bevölkerung muss Schluss sein. Wir wollen wieder einen Staat, der für die Menschen da ist – und nicht nur für Reiche und Grossunternehmen.

Die Prämienverbilligungsinitiative wird am 1. Mai 2015 gestartet.

KANTONSWAHLEN 2015

Erfolg für die SP

11,85 Prozent Wähleranteil. Noch nie in ihrer Geschichte konnte die SP Luzern einen solchen Wähleranteil erreichen. Dazu trugen massgeblich die Resultate in den Wahlkreisen Luzern-Stadt und Sursee bei. In beiden Wahlkreisen erreichte die SP neue Höchstwerte beim Wähleranteil, wobei insbesondere das Plus von beinahe 4 Prozent in der Stadt Luzern auffällt. Auch in den Wahlkreisen Hochdorf und Luzern-Land konnten wir an Wähleranteil zulegen, nur in den Wahlkreisen Willisau und Entlebuch mussten wir minimale Verluste hinnehmen.

Leider gelang es uns nicht, ein zusätzliches Mandat zu gewinnen. Vielmehr mussten wir im Wahlkreis Sursee – trotz Rekordresultat – die Abwahl unserer Fraktionschefin Priska Lorenz hinnehmen. Wir wussten, dass die Verteidigung des zweiten Mandats in Sursee ohne Listenverbindung mit den Grünen schwierig würde, waren aber angesichts des aktiven Wahlkampfs unserer Genossinnen und Genossen im ganzen Wahlkreis zuversichtlich. Am Schluss fehlten nur rund 1400 Parteistimmen bzw. knapp 70 Listen für den Erfolg.

Im Gegensatz dazu konnten wir in der Stadt Luzern ein Mandat gewinnen. Ein weiteres Mandat wechselte von der JUSO zur SP. Trotzdem, das Resultat der JUSO in allen drei Wahlkreisen war gut und wichtig für uns. Ebenso die Liste der Second@s in der Stadt, die nach dem guten Resultat 2011 noch einmal zulegen konnte.

Dass wir insgesamt keine Mandate dazugewinnen konnten, lag auch daran, dass die Listenverbindungen mit den Grünen aufgrund der Verluste unseres politischen Partners nicht zur erhofften Stärkung der fortschrittlichen Kräfte führten. Dies ist auch im Kontext zu sehen, dass FDP und SVP zulegen konnten, während CVP, GLP und eben auch die Grünen geschwächt wurden.

Wir konnten dieser Entwicklung meiner Meinung nach aus drei Gründen widerstehen: Erstens war die SP in den letzten vier Jahren politisch gut aufgestellt. Unsere Opposition zur bürgerlichen Steuererkerkungs- und Sparpolitik half uns, ein klares Profil aufzubauen. Die Wählerinnen und Wähler wissen sehr genau, was sie von uns erwarten können.

Zweitens waren unsere Listen gut gefüllt. Mit 85 Kandidierenden auf SP-Listen, 53 auf JUSO-Listen und 7 auf der Second@s-Liste waren wir die politische Bewegung mit den meisten Kandidierenden. Zudem hatten wir super Leute auf unseren Listen, die glaubwürdig und nachvollziehbar zeigten, welche Politik wir machen wollen.

Drittens gelang uns eine gute Mobilisierung. Während die Wahlbeteiligung auf rekordtiefe 38,7 Prozent sank, legten beinahe 500 Personen mehr als 2011 eine SP-Liste in die Urne. Dieser Mobilisierungserfolg gelang uns dank der Basiskampagne, mit der wir tausende von potenziellen Wählerinnen und Wählern direkt erreichen konnten.



Daniel Gähwiler, Vizepräsident SP Kanton Luzern, Wahlkampfleiter

Noch nie in ihrer Geschichte konnte die SP Luzern einen solchen Wähleranteil erreichen.

Ein Mobilisierungserfolg gelang uns auch bei den Regierungsratswahlen. Felicitas erreichte im ersten Wahlgang gute 34 000 Stimmen. Vergleicht man dies mit den 16 700 Personen, die eine Liste der SP oder Grünen einlegten, sieht man, wie breit die Unterstützung für Felicitas bereits im ersten Wahlgang war.

Im Kanton Luzern folgt der erste Wahlgang der Regierungsratswahlen eigenen Regeln, viele Menschen wählen sehr taktisch. So lässt sich auch das Resultat von Paul Winiiker und Marcel Schwerzmann sehen. Marcel Schwerzmann wurde für die Führungsmängel in seinem Departement abgestraft, während Paul Winiikers Resultat zeigt, dass die SVP als Regierungspartei (wieder) akzeptabel ist. Damit bietet sich auch die Chance, die Konkordanz im Regierungsrat – und damit die Regierungsbeteiligung der SP – wieder zu bestätigen.

Trotz gutem ersten Wahlgang, trotz 56 Jahren Regierungsbeteiligung und trotz Chance zur Konkordanz, unser Sitz im Regierungsrat ist noch nicht gesichert! Gelingt uns aber eine erneute starke Mobilisierung unserer Basis, indem wir aufzeigen können, was eine Regierung ohne soziale Stimme bedeuten würde, und schaffen wir es, eine Diskussion über die Bedeutung einer reinen Männerregierung 44 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts zu lancieren, dann können wir unseren Sitz im Regierungsrat verteidigen. Zusammen schaffen wir das.

NEU FÜR DIE SP IM KANTONSRAT



HELENE MEYER-JENNI

Wahlkreis Luzern-Land



BEAT ZÜSLI

Wahlkreis Luzern-Stadt

Hat denn diese Krise nie ein Ende?

Der befürchtete Zusammenbruch der Finanzmärkte konnte im Herbst 2008 gerade noch verhindert werden. Doch seither lässt die schwebende Krise die Welt nicht mehr aus ihrem Griff. Warum ist das so? Professor Marc Chesney, Vize-Direktor des Instituts für Banking und Finance der Universität Zürich, zieht Parallelen zwischen 1914 und heute und diagnostiziert einen «Finanzkrieg», der die Gesellschaften erheblich destabilisiert. Für die Denknetz-Fachgruppe «Politische Ökonomie» stösst der Kapitalismus gar an historische Grenzen. Wäh-

rend in der Güterfertigung und bei der Erbringung von Sachdienstleistungen die Produktivität enorm gewachsen sei, könnten die personenbezogenen Care-Dienste (Betreuung, Pflege, Unterricht) kaum rationalisiert werden, ohne dass dadurch ihre Qualität erheblich leide. Der auf Produktivitätsgewinne fixierte Kapitalismus sei für personenbezogene Care-Arbeiten deshalb so geeignet wie das berühmte Fahrrad für den Fisch. Immer mehr Kapital werde deshalb überflüssig und dränge in die aufgeblähten und unproduktiven Finanzmärkte, wäh-

rend umgekehrt der Neoliberalismus bei der Zerstörung der öffentlichen Angelegenheiten kein Halten mehr kenne.

In der neuen Denknetz-Veranstaltungsreihe «Fundamente» bieten wir am 6. Mai Gelegenheit, beide Ansätze vertieft kennenzulernen und zu diskutieren, welche Konsequenzen daraus für eine linke Programmatik gezogen werden müssen. Am 30. Mai bietet Prof. Marc Chesney Gelegenheit, sich in einem Seminar ausführlich mit dem Funktionieren der Finanzmärkte auseinanderzusetzen.

www.denknetz.ch

AGENDA

Krise ohne Ende?

«Fundamente»-Abendveranstaltung (siehe Haupttext)
Prof. Marc Chesney (Universität Zürich),
Beat Ringger (Fachgruppe «Politische Ökonomie» Denknetz).
Mittwoch, 6. Mai, 17–20.30 Uhr, Universität Zürich, Hauptgebäude, Rämistrasse 71, Hörsaal KOL-F-118,
Teilnahme kostenlos.

Der Liberalismus und die Logik des Finanzsektors.

«Fundamente»-Seminar
Prof. Marc Chesney
Samstag, 30. Mai 2015, 10–13 Uhr,
Universität Zürich, Zürich Zentrum, Karl Schmid-Strasse 4, Raum KO2-f-153

Anmeldungen für das Seminar per E-Mail an fundamente@fundamente.ch

Grundrechte und Demokratie.

Denknetz-Abendveranstaltung
Die nationalkonservative Rechte spielt Menschenrechte und demokratische Volksrechte systematisch gegeneinander aus. Das löst Irritationen gerade auch bei der Linken aus. Besteht zwischen Volksrechten und Grundrechten tatsächlich ein grundlegendes Spannungsverhältnis? Mit Magda Zihlmann, Rechtsanwältin/Migrationsrechtsspezialistin, Viktor Györfy, Rechtsanwalt/Präsident Grundrechte.ch und Stephan Bernard, Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Strafrecht.
Donnerstag, 28. Mai, 19.30–21.15 Uhr,
Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern

NEUE PUBLIKATIONEN

Nationalbank und Frankenkurs

Denknetz-Diskussionspapier von Hans Baumann und Roland Herzog
www.denknetz.ch/publikation/nationalbankpolitik-und-frankenkurs

Kapitalismus retten?

Eine Antwort auf den griechischen Finanzminister Janis Varoufakis.
Denknetz-Diskussionspapier von Beat Ringger.
www.denknetz.ch/publikation/denk-kapitalismus-retten

Unternehmenssteuerreform III

Ausführliche Vernehmlassung der AGFU (Arbeitsgemeinschaft für faire Unternehmensbesteuerung) unter www.denknetz.ch/publikation/unternehmenssteuerreform

denknetz.ch/publikation/unternehmenssteuerreform

Zu reich für den Kapitalismus: Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion

Grundlagen-Text der Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, passend zu den Fundamente-Veranstaltungen:
www.denknetz.ch/publikation/die-krise-der-gesellschaftlichen-investitionsfunktion

Überdies:

Marc Chesney: Vom Grossen Krieg zur permanenten Krise. Der Aufstieg der Finanzaristokratie und das Versagen der Demokratie. 100 Seiten. Versus-Verlag, Zürich 2014.



Sonntag, 31. Mai, im Bifang Olten

PLAUSCH-FUSSBALLTURNIER

- Mannschaften mit 6 Spieler/innen
- gespielt wird auf kleinem Feld
- der Plausch steht an erster Stelle

- weitere Infos unter www.sp-olten-goesgen.ch
- Anmelden bis 11. Mai 2015 bei urs.huber@sev-online.ch
078 674 79 11



Arbeitet Frau Teilzeit, ist das nicht der Rede wert. Tut dasselbe ein Mann, sind alle hellauf begeistert.

Frauentag – und keiner hört hin

SEIT 1909 WIRD DER INTERNATIONALE FRAUENTAG BEGANGEN, DER URSPRÜNGLICH DIE GLEICHSTELLUNG UND DAS FRAUENWAHLRECHT ZUM ZIEL HATTE. DER TAG HAT NICHTS VON SEINER AKTUALITÄT EINGEBÜSST – DÜRFTE MAN HOFFEN. AUCH WENN DER BLICK AUF DIE SCHWEIZER MEDIENLANDSCHAFT ETWAS RATLOS MACHT.

Über 12 000 Menschen nahmen am 7. März an der Demonstration für Lohngleichheit in Bern teil: Frauen und Männer, Alte und Junge, Menschen aus der ganzen Schweiz. Sie setzten ein wichtiges Zeichen. Die wichtigste Forderung – Lohngleichheit jetzt! – wurde medial diskutiert.

Nach der schönen Erfahrung war die Enttäuschung tags darauf umso grösser: Weltweit wurde der Internationale Frauentag medial thematisiert, nur in der Schweiz sah man dazu anscheinend keinen Grund. Dabei gäbe es genug zu diskutieren: die Einführung eines Elternurlaubs etwa oder die Studie der OECD, die einmal mehr zeigt, wie schlecht die Aufstiegschancen für qualifizierte Frauen in der Schweiz sind: Wir sind weit unter dem europäischen Durchschnitt und liegen auf dem viertletzten Platz (economist.com/glassceiling).

Leistung nicht genügend anerkannt

Um Diskussionen anzuregen, rief ich am 8. März dazu auf, weibliche Vorbilder mit dem Hashtag #Frauenbilder zu posten. Ich bin überzeugt, dass Probleme wie die fehlende Lohngleichheit, der Arbeitskräftemangel in der Care-Arbeit oder die Untervertretung von Frauen in Machtpositionen einen gemeinsamen Nenner haben: Die Leistung von Frauen wird immer noch nicht ausreichend und als gleichwertig

gegenüber männlichen Leistungen anerkannt. Arbeitet eine Frau Teilzeit, ist das nicht der Rede wert. Tut dasselbe ein Mann, sind alle hellauf begeistert. Ein Berliner erhielt dafür neulich sogar ein Preisgeld von 5000 Euro, das eine Bäckerei als PR-Gag ausgeschrieben hatte. Natürlich bin ich auch begeistert, wenn Männer Teilzeit arbeiten. Man könnte aber auch jenen Frauen mal auf die Schulter klopfen, die das seit Jahren und oft aus Mangel an beruflichen Alternativen und mit Ausblick auf niedrige Renten tun. Die Beteiligung an meiner Aktion hielt sich – passend zur Berichterstattung zum internationalen Frauentag – in Grenzen.

Nicht sexy – aber wichtig!

Der Kampf der Frauen war lang und wird auch noch lange dauern. Er braucht Ausdauer – und manchmal auch etwas Witz. Im Februar trat ich gemeinsam mit der deutschen Netzaktivistin und Feministin Anne Wizorek an einem Podium zum Thema «Welchen Feminismus brauchen wir?» auf. Ich war beeindruckt von der Wortgewandtheit, dem Humor und der Intelligenz der jungen Frau – selbstsicher haute sie dem Publikum so einiges an feministischer Kritik um die Ohren. Das Publikum hörte interessiert zu, stellte kritische Fragen, lachte, seufzte und diskutierte. Warum hörte am Internationalen Frauentag niemand zu?

Dass feministische und gleichstellungspolitische Themen heute nicht mehr so stark mobilisieren, ist kein Geheimnis. Dennoch bin ich immer wieder überrascht darüber, wie erfolgreich gleichstellungspolitische und damit sozialdemokratische Anliegen ignoriert werden können (die Lohngleichheit ist seit 34 Jahren in der Bundesverfassung verankert und wird bis heute nicht konsequent umgesetzt!). Anne Wizorek fasst den Grund dafür in ihrem Buch «Weil ein #Aufschrei nicht reicht» so zusammen: «Fakt ist, dass feministische Ansichten auch heute noch nicht dem Mainstream entsprechen und daher unbequem bis radikal erscheinen, also starke Kritik auf sich ziehen. Feminist_in zu sein hat mit Idealen und dem Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung zu tun, nicht mit dem Geschlecht.» Was Wizorek sagen will: Feminismus ist nicht sexy. Mit Feminismus lässt sich kein Blumentopf gewinnen. Aber trotzdem – oder besser gesagt gerade deshalb – ist er wichtig. Und deshalb dürfen wir den Internationalen Frauentag nicht einfach in Vergessenheit geraten lassen. Ich freue mich schon heute auf den 8. März 2016 – vorerst aber nehmen wir den Frauenstreiktag am 14. Juni ins Visier!

Yvonne Feri ist Nationalrätin AG und Präsidentin der SP Frauen

LOHNGLEICHHEIT UND ANNE WIZOREK AN DER DV

Das Thema Lohngleichheit ist ein wichtiger Bestandteil der SP-Wahlplattform und bildet einen Schwerpunkt an der Delegiertenversammlung vom 25. April. In einem Positionspapier fordert die SP zehn konkrete und verbindliche Massnahmen, damit Frauen und Männer für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Das Papier kann unter www.spschweiz.ch/lohnleichheit heruntergeladen werden. Anne Wizorek wird als Gastreferentin an der Delegiertenversammlung auftreten.

Jenseits der schnellen Schlagzeilen

«BILDET EUCH, DENN WIR BRAUCHEN ALL EURE KLUGHEIT. BEWEGT EUCH, DENN WIR BRAUCHEN EURE GANZE BEGEISTERUNG. ORGANISIERT EUCH, DENN WIR BRAUCHEN EURE GANZE KRAFT.» Aus dem Leitartikel der N° 1 des Ordine Nuovo von A. Gramsci und P. Togliatti

Vor kurzem traten die Parteipräsidenten von CVP, SVP und FDP gemeinsam auf und stellten ihr 13-Punkte-Programm vor. Wie so viele Medienauftritte dieser Tage ist dieser «Pakt» vor allem eins: ein Medienauftritt. Auch hierzulande gibt sich die institutionelle Politik zunehmend einer Aufmerksamkeitslogik hin. Gefragt sind nicht mehr solide politische Konzepte, Programme und Vorschläge, sondern schnelle Schlagzeilen. Politik wird zu einem Marketinggeschäft, zu einer Show, zu einem weiteren Stück Entertainment. So verliert sie schlussendlich dramatisch an Bedeutung – die tiefe Wahl- und Stimmbeteiligung lässt grüssen.

Eigene linke Diskussionsräume

Selbstverständlich gehört das Aufbereiten von politischen Inhalten für die kurzfristige Logik der Tagespresse zum politischen Geschäft – es wäre wohl wenig glaubwürdig, wenn ich dies in Frage stellte. Aber die politische Zuspitzung muss das Ende eines Prozesses der Politikentwicklung bleiben, sonst wird der 24-Stunden-Medienzyklus zu einem Hamsterrad. Damit genau das nicht passiert, brauchen wir eigene Räume, in denen wir unsere politischen Diskussionen führen, unsere Konzepte entwickeln und kritisieren können. Diese Räume wurden in den letzten Jahren zunehmend knapp. Einer, der sich bewundernswertweise gehalten hat, sind die «Beiträge zu sozialistischer Politik» – der «Widerspruch». Unter diesem Titel erscheint seit 1981 halbjährlich das wohl letzte linke Debattenheft der Schweiz. Auf jeweils etwas über 200 Seiten widmen sich Politikerinnen und Experten aus allen Facetten der progressiven Bewegungen jeweils einem Kernthema, in der aktuellen Ausgabe etwa den Perspektiven und Problemen der Europäischen Union. Entgegen dem Zeitgeist verschreibt



Fraktionsmitglieder bei der Lektüre: Cédric Wermuth, Corrado Pardini, Barbara Gysi und Yvonne Feri mit der neusten Ausgabe des «Widerspruch».

sich das Kollektiv von Redaktorinnen und Redaktoren eben gerade nicht den schnellen Schlagzeilen, sondern der fundierten Debatte. So schrieb zum 20-Jahr-Jubiläum 2001 selbst der «Tagesanzeiger» anerkennend: «Die Zürcher Halbjahresschrift bedient ein intellektuell anspruchsvolles Publikum, das sich nicht abfindet mit den jeweils neuesten Slogans à la mode. Aber gerade das hartnäckige Bohren dicker Bretter ist die Stärke der Zeitschrift.»

Der «Widerspruch» ist neben den Jahrbüchern des Denketzes (www.denknetz-online.ch) vielleicht die einzige Plattform, die bis heute einem breiten linken Spektrum von Basisbewegungen, von SP und Grünen über andere Linksparteien bis zu den Gewerkschaften, ein gemeinsames Diskussionsforum bietet.

Selbstverständlich ist die Lektüre manchmal anspruchsvoll – aber genau das spricht für das Projekt: Wo bitte setzt sich die Linke in der Schweiz in dieser Breite heute sonst noch fundiert mit den eigenen Positionen auseinander? Ich selber lese den «Widerspruch» genau deshalb. Die verschiedenen Perspektiven eröffnen immer wieder neue Denkansätze und die Autorinnen und Autoren hinterfragen kritisch die offiziellen Positionen der linken Organisationen und Parteien. Dies, die Konzentration auf ein Kernthema pro Heft und die ausserordentliche Qualität der Beiträge machen den «Widerspruch» zu einer unverzichtbaren Quelle der Inspiration – und übrigens auch zu einem hervorragenden thematischen Nachschlagewerk.

Cédric Wermuth ist Nationalrat AG

GEHÖRT IN JEDE LINKE BIBLIOTHEK: der «Widerspruch». Die Zeitschrift erscheint halbjährlich in einer Auflage von rund 2500 Exemplaren im Rotpunktverlag. Das Einzelheft kostet 25.–, das Jahres-Abo 40.– (www.widerspruch.ch/bestellung). Der «Widerspruch» wird als gebundenes Heft zugestellt oder kann als ePaper unter www.e-readers.ch bezogen werden.

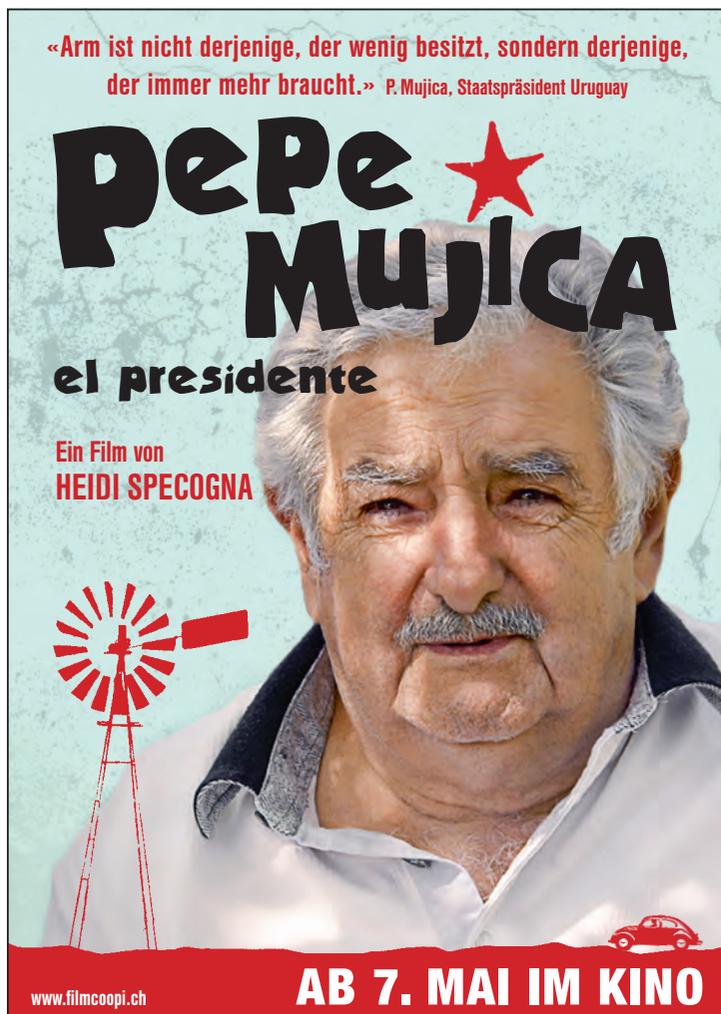


«Arm ist nicht derjenige, der wenig besitzt, sondern derjenige, der immer mehr braucht.» P. Mujica, Staatspräsident Uruguay

pepe Mujica

el presidente

Ein Film von
HEIDI SPECOGNA



www.filmcoopi.ch

AB 7. MAI IM KINO

Die SP Schweiz sucht per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

ÜBERSETZER/IN (20% JAZ)

für Übersetzungen vom Deutschen ins Französische.

Ihr Profil

- Sie haben vorzugsweise einen Abschluss als diplomierte Übersetzerin/diplomierter Übersetzer oder verfügen über vergleichbare Berufserfahrungen.
- Sie kennen sich im politischen und parteipolitischen Umfeld aus und bringen ein entsprechendes Vokabular mit. Sie sind mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie vertraut.
- Sie sind zeitlich flexibel, können im Rahmen der Jahresarbeitszeit auch kurzfristig Übersetzungsaufträge ausführen und mit einer höheren Arbeitsbelastung vor Parteiveranstaltungen umgehen.
- Sie haben gute organisatorische Fähigkeiten und behalten den Überblick auch in hektischen Zeiten.

Unser Angebot

Wir bieten eine interessante Tätigkeit in einem politischen Umfeld, ein angenehmes Arbeitsklima sowie moderne Arbeitsbedingungen mit flexiblem Arbeitsort und fortschrittlichen Sozialleistungen.

Senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bis am 24. April an: bewerbung@spschweiz.ch. Für Auskünfte steht Ihnen Co-Generalsekretärin Leyla Gül, 031 329 69 78 zur Verfügung.



ps.

Überraschende Steilpässe von links.

Jetzt abonnieren.

P.S. ist die linke Zürcher Zeitung für Politik und Kultur.

Sonderangebot für links-Leserinnen und -leser

Für die ersten 5 bestellten Jahres-Abo gibt es das Jubiläumsbuch der SP «Einig aber nicht einheitlich» gratis als Geschenk dazu. Bestellung mit Vermerk «links» an aboservice@pszeitung.ch.



pszeitung.ch

So geht das nicht!



NACH EINEM ENGAGIERTEN VOTUM VON ALT BUNDESRÄTIN RUTH DREIFUSS UND EINER LEBHAFTEN DEBATTE ZWISCHEN JÜRGEN BRECHBÜHL, DIREKTOR DES BUNDESAMTES FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN, UND DER FRÜHEREN NATIONALRÄTIN CHRISTINE GOLL VON MOVENDO VERABSCHIEDETE DIE MITGLIEDERKONFERENZ DER SP 60+ EINE RESOLUTION ZUM PROJEKT «ALTERSVORSORGE 2020».

«Im Prinzip sind die Bedürfnisse von älteren Menschen kaum anders als die Bedürfnisse von jüngeren Menschen», sagte – frei aus dem Französischen zitiert – alt Bundesrätin und Sozialministerin Ruth Dreifuss an der von rund 140 Personen besuchten dritten Mitgliederkonferenz der SP60+. Sie führte weiter aus: Nur Autonomie fördere die Entwicklung von jungen und alten Menschen und dazu gehöre die Integration in eine tragende soziale Struktur. Das Bedürfnis nach Autonomie und Integration könne im Begriff der Solidarität zusammengefasst werden.

Ruth Dreifuss verteidigte die Ergänzungsleistungen (EL). Jahrelang habe sich die Linke am Ursprung der EL orientiert und gesagt, sie seien eine provisorische Massnahme, bis die AHV die existenziellen Bedürfnisse decken werde. Die EL seien aber längst keine provisorische Lösung mehr, sondern zu einem essenziellen Element der Altersvorsorge und einem Bezugspunkt zur Sozialhilfe geworden. Besonders wichtig würden sie, wenn die Renten der AHV und der Berufsvorsorge nicht mehr genügen, um die täglichen Bedürfnisse zu decken. Grundlegend seien sie im hohen Alter, bei Pflegebedürftigkeit; da könne ihnen die Rolle einer Pflegeversicherung zukommen.

«Nur Autonomie fördert die Entwicklung und dazu gehört die Integration in eine tragende soziale Struktur.»

Zur Reform «Altersvorsorge 2020» nahm die Mitgliederkonferenz in einer Resolution pointiert Stellung und bestätigte damit die im Rahmen der Vernehmlassung geäußerte Kritik. Nachstehend die wichtigsten Argumente:

Lückenhafter Gesamtansatz. Zwar begrüsst die SP60+ den Versuch des Bundesrates, das Rentensystem gesamtheitlich zu gestalten. In der Tat ist es für Rentnerinnen und Rentner wichtig, was am Ende im Portemonnaie verbleibt. Aber die Vorlage des Bundesrates ist allzu lückenhaft, vernachlässigt wichtige Problemfelder und ist über weite Strecken unsozial.

Höhere Renten zur Bekämpfung der Altersarmut. Die Altersarmut ist weit verbreitet und ein Skandal in der reichen Schweiz. So sind die Renten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit tiefen und mittleren Einkommen, von Teilzeit Arbeitenden oder von Personen, die Familienangehörige betreuen, völlig ungenügend. Das ist inakzeptabel. Die SP60+ fordert deshalb eine schnelle und substanzielle Erhöhung der AHV-Renten. Die Initiative «AHVplus» ist dafür ein erster Schritt in die richtige Richtung. Längerfristig ist eine Verlagerung

von der zweiten Säule zur sozialeren AHV anzustreben und eine AHV-Rente von 4000 Franken für alle zu realisieren. Bis es so weit ist, müssen natürlich die Ergänzungsleistungen konsolidiert und ausgebaut werden.

Rentenalter 62. Ältere Arbeitnehmende werden auf dem Arbeitsmarkt systematisch diskriminiert. Sie werden in die Arbeitslosigkeit, in die Invalidenversicherung, in die Sozialhilfe oder in die kostspielige Frührente getrieben und belasten damit andere Sozialversicherungen. Die einzig sinnvolle Lösung besteht in der Herabsetzung des Rentenalters auf 62 Jahre für alle.

Kein automatischer Interventionsmechanismus. Der vorgesehene Interventionsmechanismus, durch den bei finanziellen Problemen der AHV die Teuerung automatisch nicht mehr ausgeglichen wird, kommt für die SP60+ nicht in Frage. Der Verzicht auf die Rentenanpassung ist de facto eine Rentenkürzung. Die SP60+ fordert das Parlament auf, die Schwächen des heutigen Vorsorgesystems zu korrigieren und zur Würde und Lebensqualität der älteren Generationen beizutragen.

Marianne de Mestral und Carlo Lepori,
Co-Präsidium SP60+



ANDRÉ ALBRECHT/EX-PRESS

Dr Bichsu

Peter Bichsel zum Achtzigsten

Es Jahr nach dr GSoA-Initiative, 1990, han i dr WK vrweigeret. Mit über tuusig angerne zäme. Mir hei kollektiv gforderet, dass ir Schwyz e Ziviudientscht söu ygfüert wärde. Vruurteilt worde sy mr au einzu. I zu sächs Monet Haubgfangeschaft. Aus Begründig han i nume gschriben gha, i wöu, dass ir Schwyz e Ziviudientscht ygfüert wärd. U när han i non e Tegscht bygleit vom Peter Bichsu.

Wo mi dr Richter gfragt het, werum i Militär vrweigeret heig, han i gseit, Militärvrweigerig syg es Mönscherächt. Drum müess's o ir Schwyz e Müglechkeit gä, wi me legau chönn vrweigere. U dr Räscht schtöng im Tegscht vom Peter Bichsu.

Aber dr Richter het gseit, es syg nid dr Peter Bichsu, wo hie vrweigeret heig, sondern ig. U es syg a mir z säge, werum i mi schtrafbar gmacht heig. Mehrfach. Wüu o zur Nachinschpäckzion syg i nid ygrückt.

Itz läset mau dä Tegscht vom Bichsu, han i gseit, dert schein's. Dert schein aus drinn. Wi tödlech di Armee isch, o i Fridenszyte.

I söu vo mir rede, het dr Richter gseit, vo mynen Erfahrenen ir Armee.

Das syge myni Erfahrig, han i gseit. Di syge so, wi's dr Bichsu schryb, genau so. Das syg besser gschriben, aus i das je chönnt säge. Vilech chönnt mr ja dä Tegscht mau zäme läse, han i gseit, u drüber rede.

Aber dr Richter het mit mir dä Tegscht nid wöue läse. Dä het mit mir nid wöuen übere Bichsu rede.

Denn han i glehrt, dert i däm Grichtssäli, dass men aus geng wider mues säge, aus geng wider mues säuber säge, o we's dr Bichsu lengschters gschriben het.

(Geschrieben für einen Filmbeitrag auf der Website von Schweizer Radio und Fernsehen SRF)

Guy Krneta ist freier Schriftsteller. Er ist Mitglied der Spoken-Word-Formation «Bern ist überall» und Mitbegründer des Netzwerks «Kunst+Politik». Zuletzt erschien von ihm der Roman «Unger üs – Familienalbum», der für die Shortlist des Schweizer Buchpreises nominiert und mit dem Schweizer Literaturpreis ausgezeichnet wurde.



Maria von Känel (links) von der SP-Fachkommission «Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität» freut sich zusammen mit der Berichterstatterin Yoomi Renström aus Schweden über die Annahme der Resolution und Empfehlung «Gewährleistung der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgenderpersonen (LGBT): Eine Verantwortung der Städte und Regionen in Europa» durch den Europarat (Städte und Regionen) am 27. März 2015. Maria von Känel hat vor vier Jahren den Internationalen Tag für familiäre Gleichheit (International Family Equality Day IFED) initiiert. Mit dem Entscheid vom 27. März 2015 wird dieser Tag nun offiziell auch vom Europarat (Städte und Regionen) für die Aufklärungsarbeit zur Förderung von Toleranz und Zusammenhalt in der Gesellschaft empfohlen. Zusätzlich konnte Maria von Känel eine Zusammenarbeit mit der interfraktionellen Arbeitsgruppe des Europäischen Parlamentes über LGBT-Rechte erzielen. Der Internationale Tag für familiäre Gleichheit wird damit am 3. Mai 2015 erstmals auch in Brüssel im Europäischen Parlament gefeiert.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Welche Perspektiven für den Service public? D1.8.1506
24.4.; vpod-Zentralsekretariat, Zürich. Gewerkschaftliche Positionen zur Zukunft des Service public. Referentinnen: Dore Heim (SGB), Judith Bucher (vpod)

Wie regelt die Schweiz die Einwanderung? D1.8.1510
27.5., vpod-Zentralsekretariat, Zürich. Personenfreizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der EU, flankierende Massnahmen, Ausländergesetz, gewerkschaftliche Positionen. Referenten: Daniel Lampart (SGB), Marc Spescha (Rechtsanwalt)

Betriebsinterne Öffentlichkeitsarbeit für die Personalvertretung D1.7.1515
2.-3.6., Fortbildungszentrum, Oberdorf SO. Professionelle Kommunikation der PV, kritische Beleuchtung der sozialen Medien. Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Digitalisierung der Arbeitswelt: Risiko oder Chance? D1.8.1508
4.6., Unia-Zentralsekretariat, Bern. Veränderte Formen der Arbeitsorganisation, erhöhte Anforderungen an die Arbeitszeitflexibilität, Zugang zu Qualifizierungen für die Beschäftigten, «gute Arbeit» als gewerkschaftliche Strategie. Referenten: Beat Baumann (Unia), Martin Kuhlmann (Arbeits- und Industriesoziologe)

Wirksame Lohnkontrollen – jetzt! B4.1.1501
Tagung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB 12.6., Hotel Bern, Bern. Jedes Jahr entgehen den Frauen aufgrund der Lohndiskriminierung 7,7 Milliarden Franken. Frauenorganisationen und Gewerkschaften setzen sich seit Jahrzehnten ein, um diesen Missstand zu beseitigen. Freiwillige Massnahmen führen nicht zum Erfolg, wie der Lohngleichheitsdialog zeigt, der aufgrund mangelnder Beteiligung

von Unternehmen beendet wurde. Jetzt ist der Bundesrat in der Pflicht. Er hat staatliche Massnahmen angekündigt: Was plant der Bundesrat? Wie sehen diese Massnahmen aus? Und wie kann die Lohngleichstellung endlich durchgesetzt werden?

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch, Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031 370 00 71
Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung pro Jahr werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 230 statt 390 Franken bzw. 300 statt 450 Franken pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

24. APRIL
Koordinationskonferenz
Bern

25. APRIL
Delegiertenversammlung
Bern

9. MAI
Tagung der SP MigrantInnen
Bern

14. JUNI
eidgenössische Abstimmungen

3. JULI
Koordinationskonferenz
Deutschschweiz

6–8. AUGUST
Sommeruni in Chandolin

12. SEPTEMBER
nationale Wahlveranstaltung
der SP Schweiz

19. SEPTEMBER
Herbstanlass SP 60+
Solothurn

18. OKTOBER
nationale Wahlen

4. DEZEMBER
Koordinationskonferenz

5. DEZEMBER
Delegiertenversammlung

Mai

1

Freitag

Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung!
Eine Übersicht über die zahlreichen Veranstaltungen zum 1. Mai findet sich auf der Webseite des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes www.sgb.ch

Mai

9

Samstag

Tagung der SP MigrantInnen in Bern
Wahlkampfstart, Neuwahl Präsidium, Verabschiedung Manifest
Infos und Anmeldung:
www.spschweiz.ch/tagung-migrantinnen
Anträge zum Wahlmanifest können bis zum 1. Mai eingereicht werden.

1.
MAI
2015

SOZIALE

GERECHTIGKEIT

STATT

**AUS
GREN
ZUNG**